Weltwochenschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **28 (1938)**

Heft 36

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Weltwochenschau

Das fehlende Wirtschaftsparlament.

Mit dem ersten September werden die Konsumenten 32 Rp. für den Liter Milch bezahlen, und der Bauer wird einen Rappen weniger erhalten. Das ist festgesetzt, und so wird es wohl bleiben. Von einem „Milchkrieg" zu sprechen, scheint also unangebracht. Es gibt ja gar keine Möglichkeit der Gegenwehr. Denn diese für die Volkswirtschaft sehr wichtige Maßnahme untersteht ja gar nicht einem Volks- oder Parlamentsentscheid, sondern ist die kombinierte Folge zweier Abmachungen von zwei verschiedenen Instanzen; nicht die „gesetzgebenden Behörden" haben gesprochen, sondern die Milchverbände . . . (es ist Gesetz, daß hier nicht der Gesetzgeber zu sprechen hat). Und als zweiter oder erster sprach der Bundesrat, und eigentlich ist, was er angeordnet, nur eine Kassenfrage, in der voraussichtlich auch das Parlament gleicher Ansicht wäre wie das Bundeshaus.

Was sollen also Versammlungen wie die der Jungbauernbewegung in Bern bezwecken? Offenbar nichts weiter, als die beteiligten Kreise vor den Folgen des eingeschlagenen Weges zu warnen und Propaganda für eine andere Lösung zu machen. Hätten wir ein Wirtschaftsparlament, was wir leider nicht haben, dann würden Dr. Müller und Gewerkschaftssekretär Dr. Weber ihre Reden dort gehalten haben, und ihre Boten würden als Gegengewicht zu den bundesrätlichen Stützungsverweigerungen und den Anträgen der Milchverbände vielleicht mehr gewirkt haben als im Alhambrasaal zu Bern vor 2000 Zuhörern.

Weil kein beschlußfähiges Wirtschaftsparlament die Festsetzung des neuen Milchpreises für Bauern und Konsumenten entschieden, und weil die „privaten Verbände" ohne Befragung der Konsumenten einfach „verfügt" haben (mangels neuer Bundeshilfe), so wird ein richtiger Milchkrieg draus werden. Aber ein „moralischer" Milchkrieg. Es zeigt sich wiederum, wo die schlechte Naht in der Volkseinheit durchgeht! Sie reißt wieder einmal. Und der Riß ist umso schlimmer, weil die eine Seite einfach verfügt, die andere nur fordern und protestieren kann.

Was wird denn gefordert und warum wird protestiert? In der Diskussion der Alhambraversammlung hat ein Bauer, und zwar ein echter, dem Gewerbe zu bedenken gegeben, was die Landwirtschaft aus den 8 Millionen, die sie weniger einnimmt, (soviel macht der Rappen aus), weniger kaufen könne. Um gleichviel werden die Budgets der Konsumenten ohnmächtiger. Und diese 16 fehlenden Millionen übertragen sich auf die Portemonnaies der Lieferanten usw. usw. Die „Opposition unseres unsichtbaren Wirtschaftsparlamentes" verlangt darum vom Bundesrat, daß er mit dem Abbau der Löhne nicht weiterhin vorangehe, daß er nicht an der neuen Kürzung der Bauernlöhne mitschuldig werde, daß er der privaten Wirtschaft ein Vorbild im Aufbau statt im Abbau sei. Praktisch soll er seinen Beschluß, für die Milchpreisstützung vorläufig nichts mehr zu geben, aufheben, damit die Verbände ihrerseits die Preisänderungen revidieren können. Unser Schluß aber lautet:

Wir brauchen ein „Wirtschaftsparlament".

Vor der tschechischen Entscheidung.

Es gibt in den Verhandlungen zwischen der Prager Regierung und der Henleinpartei unbegreifliche Dinge. Man kann nicht verstehen, weshalb sich die Tschechen den deutschen Forderungen, „Gaue" zu schaffen und die Grenzen der Gaue den Sprachgrenzen anzupassen, widersetzen. Nichts scheint normaler zu sein als eben dieser deutsche Wunsch. Eine Art Kantone mit „Souveränität" im schweizerischen Sinne, als Bundesstaat nach außen zusammengefaßt . . . man sollte meinen, anders lasse sich Böhmen mit Mähren überhaupt nicht vernünftig organisieren. Bei näherm Zusehen aber begreift man, was die Tschechen fürchten. Seit die Henleinpartei mit unglaublichem Terror die demokratischen Gegenparteien an die Wand drängt und auf „Totalität" Anspruch erhebt, besteht die Gefahr, daß die „tschechoslowakische demokratische Republik", sobald sie „kantoniert" würde, an ihrem Rande einige „fascistische Diktaturkantone" einschlösse. Dieser Fall scheint völlig unmöglich.

Als vor bald zwei Wochen die Unterhändler beider Lager resultatlos auseinanderliefen und die Henleinleute ihr „unannehmbar" gegen Prag schleuderten, sah man die verschärften Komplikationen nahen. Heute sind sie da. Die „SdP" kündigt aktiven Terror an und maskiert ihn mit angeblicher „Notwehr" gegen fortgesetzte „marxistische Provokationen". Dabei steht fest, daß mit Wohnungs- und Arbeitskündigungen, mit schwarzen Listen, mit Drohungen, was nach Hitlers Einmarsch geschehen werde, alle demokratischen Arbeiter und Intellektuellen gezwungen werden sollen, überzutreten. „Kalter Terror". Nun verheißt Henlein auch den „heißen" dazu. Also Prügelkolonnen und was dazu gehört. Erste Stufe zur Insurrektion! London und sein Beauftragter, Lord Runciman fühlen, was es geschlagen. Sie suchen krampfhaft nach neuen Verhandlungsgrundlagen, und die Prager Regierung soll bereit sein, weitergehende Vorschläge zu machen, die „Karlsbader Forderungen" Henleins anzunehmen, immerhin in einer Form, welche ihnen die staatszerstörenden Giftzähne ausbricht.

Unterdessen gehen die außenpolitischen Vorbereitungen für die Auseinandersetzung weiter. Deutschland, das hinter Henlein als wirkliche Triebkraft steht, hat bei der jugoslavischen und rumänischen Regierung angefragt, wie sie sich zu einer allfälligen Intervention zugunsten der Sudetendeutschen stellen würden. Dies und noch etwas mehr möchten die Reichswehrgenerale gern erfahren. Es ist ja klar, daß Frankreich, wenn es zu Lande den Tschechen zu Hilfe kommen will, ohne die Schweiz zu überrennen, entweder mit britischer Hilfe in Norddeutschland landen oder Truppen über Jugoslavien gegen Oesterreich werfen muß. Die neue „siebenfache Siegfriedlinie" dem Rhein entlang kann von der deutschen Armee mit wenig Kräften aufgehalten werden, und das Gros der Kräfte kann mit ungeheurem Uebergewicht über Böhmen herfallen und in kurzer Frist Sieger sein, falls die Donaustaaten neutral bleiben.

Die Antwort der Rumänen und Jugoslaven soll ablehnend ausgefallen sein, und die deutsche Generalität fühlt einen Dämpfer mehr. Der „Faktor Ungarn" in der deutschen Rechnung ist ja nicht zweifelhaft, aber es könnte doch sein, daß Rumänien und Jugoslavien „blitzschnell zugreifen" und Horthys halb aufgerüstete Truppen unschädlich machen würden, ehe sie den Tschechen in den Rücken fielen, und dann stünde den Franzosen und Russen auf einer ungeheuer breiten Front die Zufahrt zur Tschechei offen.

Im Zusammenhang mit diesen deutschen Umfragen und den Antworten der kleinen Südostmächte muß man die britischen Warnreden des vergangenen Sonntags werten. Sir John Simon hat nicht schärfer als Chamberlain im Mai gesprochen. Nochmals drückt sich der britische Schatzkanzler um die ungeschminkte Versicherung der englischen Kriegserklärung an Deutschland für den Fall eines Ueberraschungsangriffes gegen Prag. Nochmals wird der Hauptakzent auf die britische Friedensstiftung, auf die Ueberzeugung, daß jeder Krieg bei gutem Willen vermeidbar sei, auf die Unmöglichkeit, einen Einzelkrieg zu lokalisieren, gelegt. Nochmals bleibt es bei der Andeutung, daß Großbritannien „seine Interessen verteidigen" und seinen Verpflichtungen nachkommen würde. Aber der Sinn der Rede ist doch klar genug. Ohne Berlin zu drohen, wird ihm nahegelegt, zu sehen, was ein Blinder sehen muß: Daß England nicht fern bleiben könnte. Dazu hat Simon seine Hörer auf die moralische und materielle Unterstützung der Vereinigten Staaten aufmerksam gemacht. Mehr kann Berlin nicht verlangen. Es weiß Bescheid, und wenn Hitler gut beraten ist, bremst er die ersten Versuche einer als „Notwehr" getarnten systematischen „Unruhe", die man als Interventionsgrund brauchen möchte.

Deutlicher als Sir Simon ist Winston Churchill geworden, der Hitler warnt, sein Werk durch ein Abenteuer zu gefährden. Churchill gehört zu den Leuten, die mit den Nazis sympathisieren. Und doch ist auch er der Ansicht, daß der Friede gefährdet sei, so lange die Armee Hitlers mobilisiert bleibe.

Es scheint nicht nur bei Lord Churchill sicher zu stehen, daß Gefahr droht. Lord Runciman hat einen seiner Mitarbeiter nach London geschickt, um allerlei mitzuteilen, und diese von der Presse eifrig diskutierten geheimen Mitteilungen scheinen die Ministerreden verursacht zu haben. Aber mehr als das: Die Regierung hat ihren Botschafter Henderson in Berlin dringlich heimberufen, um Bericht zu erstatten und außerordentliche Instruktionen entgegenzunehmen. Offenbar will man Hitler, der für den kommenden Nürnberger Parteitag eine wirkungsvolle Plattform sucht, moralisch in die Zügel nehmen.

Für die Pläne des Dritten Reiches, das angesichts der ausbleibenden spanischen Entscheidung nervös und ungeduldig . . . und in der Ueberzeugung, Mussolini werde doch nur „neutral" bleiben . . . vor der Eroberung der Pyrenäenfront auf eigene Faust losschlagen möchte, können diese britischen Bremsen nur heilsam sein. —an—

„Kommissionen"

Ueberall im Schweizerland
Tagen Kommissionen.
Landesfragen allerhand,
Wirtschaftspositionen
Müssen prompt behandelt sein,
Und auf solche Weise
Heimst man aller Meinung ein
Im gewählten Kreise.

Wieder sind's die SBB,
Die bedenklich wackeln.
Man bestrahlt ihr Zahlenweh
Mit Sanierungsfackeln.
Dann ist die Finanz-Reform
Ueber allem wichtig,
Eifrig sucht man nach der Norm,
Die für jeden richtig.

Auch die Milchpreis-Stützung drückt
Rings auf die Gemüter.
Gegen die Regierung zückt
Man das Schwert als Hüter.
Schließlich will das Militär
Mehr Kredite haben,
Mutter Schweiz muß immer mehr
Spenden ihre Gaben.

„Kommissionen" überall
Auf dem Erdenrunde,
Doch, man kennt noch keinen Fall,
Der dadurch gesunde.
Sitzungsgelder sind, bekannt,
Allerorts willkommen . . .
Wird das Reden, rings entbrannt,
Unsrer Zeit auch frommen?? Vedo.

Kleine Umschau

Ein Jubiläum nach dem andern.

In Zeitungsartikeln, am Radio, in Wort und Bild und Musik feierte man dieser Tage „Spiez 600 Jahre bernisch", und festlich wurden der 600. Geburtstag des Städtchens Nidau und der 900. Ehrentag Grüningens begangen. Behördliche Glückwünsche, Festspiele und Umzüge bildeten den farbenfrohen Rahmen dieser Feierlichkeiten, die uns mit der geschichtlichen Vergangenheit in lebendige Berührung brachten. Mit wie ganz andern Augen betrachten wir doch jene Schlösser und Gegenden, wenn Menschen früherer Zeiten zu uns sprechen und davon erzählen, wie sie gedacht, gekämpft und gehandelt haben. Solche Feste sind darum notwendig — und ihre Abhaltung wird im allgemeinen herzlich und dankbar begrüßt — weil wir mit Bevölkerungsgruppen, die uns im täglichen Leben fern stehen, dann in enge, innere Berührung kommen, wenn die Festfreude eine Brücke von Seele zu Seele schlägt. Solche Feste sind aber auch deshalb so notwendig, weil sie das Gegengewicht bilden zu jenen Veranstaltungen, die mit ihrem Heulen und Rasen ja doch nur eine augenblickliche Sensation sind.

Wenn wir gerade nichts anderes zu tun hätten, könnten wir übrigens noch einen Haufen anderer Jubiläen feiern. Es gibt da eine Menge Gelegenheiten. Wirklich hübsche Gelegenheiten! Für kleinere Geschichtsforscher eröffnen sich auf diesem Gebiete wahrlich die ungeahntesten Möglichkeiten. Wann ist z. B. er erste Lift gefahren? Kann man bald den 100. Geburtstag der Zigarette feiern? In welchem Jahre wurde die Schreibmaschine erfunden? Wer schenkte der weiblichen Menschheit die Haarnadel? Wann tauchte der geniale Gedanke des Hosenträgers auf? In welchem Jahre begann der Siegeslauf des Kragenknopfes?

Man hat herausgefunden, daß die Zentenarfeier des Lokomotivpfiffes jetzt fällig wäre! Tatsächlich, und Spaß à part!! Der erste Pfiff der Lokomotive ertönte nämlich merkwürdigerweise nicht im Jahre 1814, als es George Stephenson gelang, den ersten brauchbaren Dampfwagen in Bewegung zu setzen, sondern erst ganze 24 Jahre später: 1838! Also genau vor 100 Jahren! Erst durch Schaden wurde man so klug, die Dampfpfeife zu erfinden. Vorher wurde als Signalinstrument eine Glocke oder das Horn eines Postillons verwendet. Eines Tages nun geschah es, daß ein Eisenbahnzug auf der Linie Leicester-Swannington in einen Bauernwagen voll Eier hineinfuhr. Die Wirkung war natürlich katastrophal. Der Inhalt der Eier spritzte bis zum Schornstein der Lokomotive hinüber, und auf dem heißen Kessel bildeten sich regelrechte Spiegeleier. Der Kutscher des Bauernwagens und der Lokomotivführer verprügelten sich, und die Eisenbahngesellschaft mußte für die zerschlagenen Eier beträchtlichen Schadenersatz zahlen. Schon mit Rücksicht auf die Rentabilität der Eisenbahnen war es notwendig, daß in Zukunft solche Unfälle vermieden wurden. Man sann daher auf wirksame Abhilfe, und da die Bahnschranken noch nicht bekannt waren, erfand die Firma Taylor in Washington die durch Dampf betriebene Pfeife. Ihr Warnungsruf würde selbst dem verschlafensten Bauernkutscher das Herannahen des Dampfrosses anzeigen! Diese Ueberlegung hat sich als richtig erwiesen.

Der erste Eisenbahnunfall hat im Zusammenhang mit der Erfindung der Dampfpfeife ferner zur Evidenz gezeigt, daß auch das berühmte Sprichwort auf Wahrheit beruht: „Beaucoup de bruit pour une omelette!"

Lob des Bauches.

Im Zeitalter der schlanken Linie ist es gar nicht so einfach, den lieben Nächsten davon zu überzeugen, daß auch rundliche Formen ihre Vorzüge haben können. Oder, daß die Körperfülle zum mindesten keinen Grund der Beunruhigung und der Behinderung bedeutet. Es gibt sogar Vertreter der Dickleibigkeit, die frisch und fröhlich behaupten, daß sie ihr Glück der Korpulenz verdanken. Klassische Beispiele hiefür aufzuzählen, dürfte ein leichtes sein. So antwortete Herriot, der bekannte französische Staatsmann in sehr freundlicher Weise auf die Frage eines Journalisten: „Warum sollte ich mich quälen, daß ich dick bin? Ich bin froh, kräftig zu sein. In meinem Berufe als Politiker ist das unerläßlich. Rundheit, mein Lieber, ist in der Politik eine wichtige Eigenschaft. Um zu triumphieren, muß man Gewicht haben. Haben Sie mich schon einmal am Rednerpult gesehen, wenn der Sturm ausbrach und Fragen von allen Seiten auf mich einstürmten? In solchen Fällen lege ich die Hand auf die Rundung meines Gilets und warte geduldig, bis der Sturm an meinem Bauch abgeprallt ist. Dann fange ich an, zu einer besänftigten Versammlung zu sprechen." Stürmibänz.